

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 16.-17. März

(Stand: 17.03., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
-
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, t.pushina@oa-ev.de, Tel: 030-206167128.

Dpa:

Selenskyj richtet sich an den Bundestag: «Bitte, helfen Sie uns»

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat in einer Videoansprache an die Bundestagsabgeordneten um mehr Hilfe für sein Land gebeten. Die Menschen in der Ukraine wollten frei leben und sich nicht einem anderen Land unterwerfen, sagte Selenskyj am Donnerstag laut Übersetzung in einer Videobotschaft an die Abgeordneten des Bundestags.

Es gehe darum, eine Mauer einzureißen und den Krieg zu stoppen, sagte er an die Adresse der deutschen Politik und an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gerichtet. «Sie befinden sich irgendwie wieder hinter der Mauer, nicht Berliner Mauer, aber mitten in Europa, wo es Freiheit gibt. Und diese Mauer ist stärker, mit jeder Bombe, die auf unsern Boden in der Ukraine fällt.» Er sagte: «Lieber Herr Bundeskanzler Scholz, zerstören Sie die diese Mauer. Geben Sie Deutschland die Führungsrolle, die Deutschland verdient.»

In seinem Land seien nun Zivilisten und Soldaten wahllos Ziel russischer Angriffe. «Russland bombardiert unsere Städte und zerstört alles, was in der Ukraine da ist. Das sind Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen, alles. Mit Raketen, mit Luftbomben, mit Artillerie. In drei Wochen sind sehr viele Ukrainer gestorben, Tausende. Die Besatzer haben 108 Kinder getötet, mitten in Europa, bei uns im Jahre 2022», sagte Selenskyj. Und: «Wieder versucht man in Europa, das ganze Volk zu vernichten.»

Die Bundestagsabgeordneten waren vor der Rede aufgestanden und begrüßten den auf einer Videoleinwand zugeschalteten Selenskyj mit Applaus. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt drückte Entsetzen über den russischen Krieg gegen die Ukraine aus sicherte Kiew die Solidarität Deutschlands zu. «Wir sehen euch, wir sind in Gedanken bei euch und bei denen, die um euch trauern», sagte die Grünen-Politikerin.

Die Parlamentssitzung hatte mit leichter Verspätung begonnen. Es habe technische Probleme gegeben, weil es in Kiew «einen Anschlag in unmittelbarer Nähe» gab, sagte Göring-Eckardt.

Hilfspaket der Bundesregierung für Unternehmen

Die Bundesregierung ist dabei, erste Hilfen für vom Ukraine-Krieg betroffenen Unternehmen auf den Weg zu bringen. So könnte laut eines Medienberichts ein Kredit-Programm der staatlichen KfW-Förderbank geöffnet werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium verspricht Hilfen für Unternehmen, die von der Ukraine-Krise betroffen sind. So soll nach Informationen des "Handelsblatts" ein laufendes Kreditprogramm der staatlichen KfW-Förderbank geöffnet werden. Das Programm "European Recovery Program" (ERP) stelle bislang Darlehen von bis zu 100 Mio. Euro für Unternehmen zur Verfügung, die durch die Pandemie in Not geraten seien. Ob das ERP-Programm auch für die Ukraine-Krise eingesetzt werden könne, sei noch unklar.

Zuvor hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck ein eigenes KfW-Programm ins Spiel gebracht. Dieses müsse aber noch von der EU-Kommission durchgewunken werden. Einen Entwurf dafür soll es bereits geben, dieser liege dem "Handelsblatt" vor, heißt es. Staaten könnten demnach im Falle "außergewöhnlich starker Erhöhungen der Gas- und Strompreise" eingreifen. Im Entwurf sei von 30 Prozent der beihilfefähigen Kosten bis zu einem Höchstbetrag von 2 Mio. Euro die Rede. Auch bei Schäden, die durch die Inflation verursacht seien, könnte geholfen werden.

Breite Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses

Nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine kämpfen die Menschen dort ums Überleben, Millionen sind auf der Flucht. Der Krieg führt zudem zu erheblichen Schäden in der Wirtschaft und Infrastruktur des Landes. Auch deutsche Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind davon unmittelbar betroffen. „Das Land und seine Menschen brauchen jetzt unsere volle Unterstützung“, sagt Oliver Hermes, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. „Dabei geht es um die Versorgung der Bevölkerung im Land sowie der Flüchtlinge in den Nachbarländern und in Deutschland, aber auch um die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in der Ukraine. Die deutsche Wirtschaft mobilisiert dafür in einer gemeinsamen Anstrengung verfügbare Kapazitäten, um schnell, zielgerichtet und unbürokratisch zu helfen.“

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu

bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsangebote und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance.

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „Spaces for Ukrainian Refugees“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

(Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX, IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

GTAI-Handlungsempfehlungen und Sanktionsübersicht

German Trade&Invest informiert auf dieser Seite über aktuelle Handlungsmöglichkeiten von deutschen Unternehmen mit Russland-Geschäft. Dort finden sich auch nützliche Links zu den jeweiligen Sanktionsregistern:

[Handlungsempfehlungen für Unternehmen | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.
Referatsleiter
Herr Andreas Neumann
E-Mail: Buero-VE1@bmwi.bund.de

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

ZOIS-Dossier zu Russlands Krieg gegen die Ukraine

Das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien hat ein Dossier zum Krieg in der Ukraine zusammengestellt, auf dem alle erschienen ZOIS-Beiträge, Podcasts, Analysen, FAQ etc. zum Thema verlinkt sind:

[Russlands Krieg gegen die Ukraine \(zois-berlin.de\)](#)

BITTE UM BETEILIGUNG!

Ost-Ausschuss-Umfrage

Wir möchten Sie bitten, an unserer Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auf ihr Geschäft teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de) oder Stefan Kägebein (s.kaegebein@oa-ev.de).

2. Terminübersicht

21. März: „Russland-Krise – Auswirkungen auf Estland, Lettland und Litauen“, 10:00 – 11:15 Uhr (Online)

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die baltischen Staaten. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage. Zu den Referenten gehören unter anderem die deutschen Botschafter in der Region.

Sollten Sie kein Ost-Ausschuss-mitglied sein, aber Interesse an dem Austausch haben, melden Sie sich gerne bei Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa, a.stadnicki@oa-ev.de

Die Teilnahme ist nur nach Bestätigung möglich. Die Einwahldaten für die Videokonferenz lassen wir Ihnen vorab zukommen. Es gelten die Chatham House Rules.

23. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.hermesdeckungen.de)

23. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zur den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr MEZ

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

25. März: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 10:00 – 11:15 Uhr

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten Mittelosteuropas. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage.

Wir freuen uns, als Referenten u.a. folgende Personen begrüßen zu dürfen:

- Gunter Deuber, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse, Raiffeisen Bank International AG
- Mario Holzner, Geschäftsführer, Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
- Dr. Kai-Olaf Lang, EU/Europa Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder. Es gelten die Chatham House Rules. Bei Rückfragen steht Ihnen Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa (a.stadnicki@oa-ev.de, Tel: +49 30 206167 138) gern zur Verfügung.

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)

Wenn Sie teilnehmen möchten, dann melden Sie sich bitte **zum 16. März 2022** unter folgendem Link an:

<https://forms.office.com/r/Z03Vedm1hx>

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: p.brodersen@oa-ev.de

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 16. März)

Die Europäische Union hat gestern die Details zum vierten großen Sanktionspaket gegen Russland seit Beginn des Krieges veröffentlicht. Hier eine Übersicht zu den neu sanktionierten Personen, Unternehmen und Warengruppen:

Erweiterung der Liste der individuellen EU-Sanktionen um **15 weitere natürliche Personen**:

- Roman Arkadyevich ABRAMOVICH (Russisch: Роман Аркадьевич Абрамович), Großaktionär der Evraz Holding und Benefiziär von Millhouse Capital
- German Borisovich KHAN (Russisch: Герман Борисович Хан), einer der Großaktionäre der Alfa Group
- Viktor Filippovich RASHNIKOV (Russisch: Виктор Филиппович Рашников), Eigentümer, Vorstandsvorsitzender und Vorsitzender des strategischen Planungsausschusses des Magnitogorsker Metallurgischen Kombinates
- Alexey Viktorovich KUZMICHEV (Russisch: Алексей Викторович Кузьмичёв), einer der Großaktionäre der Alfa Group
- Alexander Alexandrovich MIKHNEEV (Russisch: Александр Александрович Михеев), Geschäftsführer von Rosoboronexport
- Alexander Nikolayevich SHOKHIN (Russisch: Александр Николаевич ШОХИН), Präsident des russischen Unternehmerverbands RSPF
- Andrey Valerievich RYUMIN (Russisch: Андрей Валерьевич Рюмин), Exekutivdirektor von Rosseti
- Armen Sumbatovich GASPARYAN (Russisch: Армен Сумбатович ГАСПАРЯН), Journalist und Mitglied des Vorstands von „Russia Today“
- Artyom/Artem Grigoryevich SHEYNIN (Russisch: Артём Григорьевич ШЕЙНИН), Journalist und Moderator der Talkshow „Vremya Pokazhet“
- Dmitry Yevgenevich KULIKOV (Russisch: Дмитрий Евгеньевич КУЛИКОВ), Sachverständiger des Ausschusses des russischen Staatsduma für GUS-Angelegenheiten und Verbindungen zu Landsleuten Filmproduzent, Fernseh- und Radiomoderator
- Konstantin Lvovich ERNST (Russisch: Константин Львович ЭРНСТ), Geschäftsführer von Channel One Russia (Russisch: Первый канал)
- Marina Vladimirovna SECHINA (Russisch: Марина Владимировна СЕЧИНА), Eigentümerin von Stankoflot, frühere Ehefrau von Igor Sechin (Geschäftsführer von Rosneft)
- Suleyman Abusaidovich KERIMOV (Russisch: Сулейман Абусаидович КЕРИМОВ), Eigentümer des Finanz- und Industriekonzerns Nafta Moscow, Mitglied des russischen Föderationsrates als Vertreter der Republik Dagestan
- Tigran Oganosovich KHUDAVERDYAN (Russisch: Тигран Оганесович ХУДАВЕРДЯН), Exekutivdirektor und stellvertretender Geschäftsführer von Yandex
- Vladimir Valerievich RASHEVSKY / Vladimir Valeryevich RASHEVSKIY (Russisch: Владимир Валерьевич РАШЕВСКИЙ), Geschäftsführer und Direktor der EuroChem Group

Erweiterung der Liste der individuellen EU-Sanktionen um **9 weitere Unternehmen**:

- ROSNEFT AERO (RN AERO) (Russisch: Роснефть-Аэро / РН-Аэро)
- ROSOBORONEXPORT (Russisch: АО Рособоронэкспорт)
- NPO High Precision Systems (Russisch: АО НПО Высокоточные комплексы)
- Kurganmashzavod (Russisch: ПАО Курганмашзавод)
- Russian Helicopters (Russisch: АО Вертолеты России)
- United Aircraft Corporation (Russisch: ПАО Объединённая авиастроительная корпорация)
- United Shipbuilding Corporation (Russisch: АО Объединённая Судостроительная Корпорация)
- Research and Production Corporation URALVAGONZAVOD (Russisch: АО “Научно-производственная корпорация УралВагонЗавод”)
- Zelenodolsk Shipyard [A. M. Gorky Zelenodolsk Plant] (Russisch: АО “Зеленодольский завод имени А. М. Горького”)

Weitere sektorale EU-Sanktionen:

- **Importverbot** für **Eisen- und Stahlerzeugnisse** aus Russland (vor dem 16.03.2022 geschlossene Lieferverträge dürfen noch bis zum 17.06.2022 erfüllt werden)
- **Exportverbot** für bestimmte **Luxusgüter** nach Russland, deren Wert 300 EUR je Stück übersteigt, sofern im veröffentlichten Dokument nichts anderes angegeben ist. Das Verbot gilt nicht für Waren, die für amtliche Zwecke diplomatischer Vertretungen in Russland, internationaler Organisationen und deren Mitarbeiter benötigt werden.
- Erweiterung der Liste der Unternehmen, die mit der russischen **Verteidigungs- und Industriebasis** in Verbindung stehen und denen **strengere Ausfuhrbeschränkungen** in Bezug auf Güter und Technologien mit **doppeltem Verwendungszweck** auferlegt werden (Liste siehe vollständiges EU-Dokument)
- Verbot für **neue Beteiligungen oder Investitionen** in den **russischen Energiesektor** sowie umfassende **Ausfuhrbeschränkungen** für **Ausrüstungen, Technologien und Dienstleistungen** für die **Energiewirtschaft** in Russland (mit Ausnahme der Nuklearindustrie und des nachgelagerten Energietransports)
- **Verbot alle Transaktionen** mit bestimmten staatseigenen Unternehmen, die bereits **Refinanzierungsbeschränkungen** unterliegen **Verbot** der Erbringung von **Ratingdienstleistungen** für russische Kunden

Zu den weiteren Inhalten des Sanktionspakets verweisen wir untenstehend auf eine Aufstellung der AHK Moskau:

Das **Exportverbot** für Luxuswaren umfasst unter anderem:

- Fahrzeuge, ausgenommen Krankenwagen, zur Personenbeförderung auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg im Wert von mehr als 50.000 Euro sowie deren Ersatzteile. Die Maßnahme gilt für Personenkraftwagen, einschließlich Rennwagen, und Motorräder
- Weine, einschließlich Sekt, Bier und andere Spirituosen

- Pferde
- elektronische Geräte für den Hausgebrauch, einschließlich Standventilatoren, Haartrockner, Mikrowellenherde, Kaffee- und Teekoher sowie Smartphones und Spielkonsolen
- elektronische Geräte zur Aufzeichnung von Video- oder Tonaufnahmen im Wert von mehr als 1.000 Euro, einschließlich Fotoapparate
- Kaviar und Kaviarersatz
- Trüffel und Produkte aus Trüffeln
- Zigarren und Zigarillos
- Parfums und Kosmetika
- Uhren, einschließlich Armbanduhren wie Teile
- Musikinstrumente im Wert von mehr als 1.500 Euro
- Kunstwerke, Sammlerstücke und Antiquitäten
- Kleidung, Schuhe und Accessoires (unabhängig von ihrer Materialbeschaffenheit) sowie Ledertaschen
- Perlen, Edelsteine und Halbedelsteine, Schmuck, einschließlich Gold und Silber
- Geschirr aus Porzellan und Gegenstände aus Bleikristall
- Sammlermünzen, Banknoten

EU-Embargo für russische Eisen- und Stahlerzeugnisse:

- Güter aus unlegiertem Stahl
- Bleche
- Armaturen
- Rohre

Von den EU-Beschränkungen der unmittelbaren oder mittelbaren Einfuhr sind alle Erzeugnisse erfasst, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt wurden.

Das **Lieferverbot** umfasst ebenso:

- Formen und Profile aus Gusseisen und unlegiertem (Kohlenstoff-)Stahl
- Zinnprodukte
- Bleche mit Metallbeschichtung
- warmgewalzte Bleche aus unlegierten und anderen Legierungen
- kaltgewalzte Edelstahlbleche
- Produkte aus Beschlägen und Draht
- geschweißte und nahtlose Rohre

Verbot von Geschäften und Transaktionen mit folgenden russischen Staatsunternehmen (abgesehen von Sanktionsausnahmen, die in Artikel 1aa definiert sind, siehe unten):

- Oboronprom (Beteiligungsgesellschaft an Luft- und Raumfahrtfirmen)
- OAK (Luftfahrtkonzern - United Aircraft Corporation)
- Uralwagonsawod (Maschinenbau- und Rüstungsunternehmen)
- Rosneft (Mineralölunternehmen)

- Transneft (Erdöl-Pipelinebetreiber)
- Gazprom-Neft (Mineralölunternehmen)
- Almaz-Antey (Rüstungskonzern)
- KAMAZ (Fahrzeughersteller)
- Rostec (Entwicklung, Produktion und den Export von industriellen High-Tech-Erzeugnissen für den zivilen und den militärischen Bereich)
- Sowkomflot (Reederei spezialisiert auf Transport von Erdöl und Flüssigerdgas)
- Sevmash (Werftkomplex)
- USC (Vereinigte Schiffbaugesellschaft).

Vor dem 16. März geschlossene Verträge mit den zwölf genannten Unternehmen dürfen bis zum 15. Mai erfüllt werden. Zudem sind Ausnahme für den Rohstoffhandel ausdrücklich vorgesehen (siehe Artikel 5aa bzw. 1aa (3)).

Konkret heißt es im EU-Amtsblatt zur Listung der oben genannten 12 Staatsunternehmen in Artikel 1aa (1)

„Es ist verboten, unmittelbar oder mittelbar Geschäfte zu tätigen mit:

a) einer in Russland niedergelassenen in Anhang X aufgeführten juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die sich unter öffentlicher Kontrolle oder zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft befindet oder bei der Russland, seine Regierung oder die russische Zentralbank das Recht auf Gewinnbeteiligung hat oder Russland, seine Regierung oder die russische Zentralbank andere wesentliche wirtschaftliche Beziehungen unterhält, (1) Beschluss 2014/512/GASP des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (ABl. L 229 vom 31.7.2014, S. 13). L 87 I/56 DE Amtsblatt der Europäischen Union 15.3.2022

b) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der in Anhang X aufgeführten Organisationen gehalten werden, oder

c) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b aufgeführten Organisationen handelt.

(2) Das Verbot gemäß Absatz 1 gilt nicht für die Erfüllung – bis zum 15. Mai 2022 – von Verträgen, die vor dem 16. März 2022 geschlossen wurden, oder von für deren Erfüllung erforderlichen akzessorischen Verträgen.

(3) Das Verbot gemäß Absatz 1 gilt nicht für:

a) Transaktionen, die unbedingt erforderlich sind für den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, Erdöl und Erdgas sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union,

b) Transaktionen in Zusammenhang mit Energieprojekten außerhalb Russlands, in denen eine in Anhang X aufgeführte juristische Person, Organisation oder Einrichtung Minderheitsgesellschafter ist.“

Hier finden Sie die kompletten EU-Listen mit den neu-sanktionierten Personen, Institutionen und Waren:

[Publications Office \(europa.eu\)](https://european-council.europa.eu/media/eu-restrictive-measures)

Übersicht über die derzeitigen EU-Sanktionen gegen Russland in Zusammenhang mit dem Krieg:

[EU restrictive measures in response to the crisis in Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](https://european-council.europa.eu/media/eu-restrictive-measures)

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](https://gtai.de/en/sanctions/eu-russia-sanctions)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanctions-tracker)

4. Russland-Gegensanktionen

„Enteignungsgesetz“

Am 8. März 2022 wurde ein vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation ausgearbeiteter Entwurf eines föderalen Gesetzes "Über die externe Administration zur Verwaltung einer Organisation" eingereicht. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Gesetz in Kürze verabschiedet und Entscheidungen der Unternehmen ab dem 24. Februar einschließen wird.

Nach derzeitiger Einschätzung empfehlen wir Unternehmen, im Gespräch mit den russischen Behörden zu bleiben und darzulegen, aus welchen konkreten Gründen sie eine temporäre Unterbrechung der Geschäftstätigkeit beschließen mussten. Einen Überblick über das geplante Gesetz zur Zwangsverwaltung und Enteignung finden Sie hier:

[Russlands Gegensanktionen sollen Kapitalabfluss verhindern | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Russisches „Blocking-Statut“

Der Sekretär des Generalrats der Kremlpartei „Einiges Russland“ Andrej Turtschak hat laut russischen Medienberichten mitgeteilt, dass die Partei Gesetzesänderungen über die strafrechtliche Verantwortung gegen diejenigen vorbereite, die die Sanktionen der westlichen Länder gegen Russland befolgten. Ein Gesetzentwurf liegt uns dazu bislang nicht vor. Das geplante Gesetz könnte sich aber an einem bereits im Jahr 2018 vorgelegten Entwurf orientieren. Hier sind die Fakten zu diesem „Blocking-Statut“, die wir bislang zu diesem Thema für Sie recherchieren konnten:

- Turtschak hat das Gesetz ursprünglich auf seinem Telegram-Kanal angekündigt. Bei diesem Beitrag entsteht der Eindruck, dass sich das Gesetz nur auf russische Firmen bezieht, die z.B. nicht mit sanktionierten Banken zusammenarbeiten möchten.
- die Ankündigung zum Gesetzentwurf ist auf der Webseite der Staatsduma RF unter <http://duma.gov.ru/news/26928/> zu finden. Hier ist auch eine Verlinkung zum Entwurf enthalten, die derzeit aber auf eine leere Seite führt.
- Der Entwurf erinnert an einen ähnlichen Gesetzentwurf von 2018. Dieser Entwurf ist damals nicht angenommen worden, u.a. aufgrund von Intervention durch die russische Wirtschaft (Verband: RSPP).
- Sollte der neue Entwurf dem vom 2018 ähneln und sollte er angenommen werden, würde dies weitreichende Folgen für die Wirtschaft haben. Vor allem russische Töchter westlicher Unternehmen stünden vor der Frage, wie sie unter diesen Bedingungen weiter tätig sein könnten. Russische und ausländische Mitarbeiter westlicher Unternehmen in Russland könnten sich durch ihre Tätigkeit strafbar machen usw.

Ein Zeitungsbericht zum Thema:

[За отказ от сотрудничества с попавшим под санкции бизнесом введут уголовную ответственность - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Bloomberg:

Russland bedient angeblich weiter seine Schulden (Arbeitsübersetzung)

In einer am Donnerstag per E-Mail übermittelten Erklärung sagte das russische Finanzministerium, dass es den Auftrag für eine Kuponzahlung in Höhe von 117 Millionen Dollar am 14. März an eine nicht näher bezeichnete Korrespondenzbank geschickt habe und fügte hinzu, dass es einen separaten Kommentar abgeben würde, wenn die Zahlstelle, die Londoner Filiale der Citibank, die Zahlung erhalten hat. Die Bank reagierte nicht sofort auf Bitten um eine Stellungnahme. Bisher haben die Anleihegläubiger in Europa noch kein Zeichen der Gelder erhalten. Beide Anleihen, deren Kupons am Mittwoch fällig werden, sind gestiegen.

Wie es weitergeht, ist unklar, aber wenn Russlands Gläubiger nicht innerhalb der 30-tägigen Frist, die am Donnerstag begann, das Geld in Dollar erhielten, wäre es das erste Mal, dass das Land seit dem Sturz des letzten Zaren durch die Bolschewiken mit Fremdwährungsanleihen in Verzug gerät.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, das Land verfüge über alle notwendigen Mittel, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Sollte Russland jedoch seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, könnte dies den Ausschluss von den globalen Kapitalmärkten verstärken und seine Kreditkosten erhöhen. Die Regierung und russische Unternehmen einschließlich Gazprom und Lukoil haben etwa 150 Milliarden Dollar an Fremdwährungsschulden. Diese Beträge und die allgemeinen finanziellen Engpässe reichen zwar nicht aus, um eine globale Finanzkrise zu verursachen, aber die Spannungen wirken sich auf die Schwellenländer aus und die Weltwirtschaft aus.

...

In einem Erlass vom 7. März legte Präsident Wladimir Putin neue Regeln für die Schuldenregulierung fest und teilte ausländische Gläubiger in zwei Kategorien ein: Gläubiger aus "Ländern, die feindliche Aktivitäten" ausüben, können Zins- und Tilgungszahlungen nur in Rubel erhalten. Das neue Verfahren beinhaltet die Eröffnung sogenannter Typ-C-Konten, die automatisch ohne die Zustimmung oder Beteiligung eines ausländischen Gläubigers erfolgen kann, sagte Morgan Lewis-Partner Grigory Marinichev. Für Investoren, die in unfreundlichen Ländern ansässig sind, ist der Erhalt von Überweisungen auf Typ-C-Konten "gleichbedeutend mit der Einzahlung auf ein Sperrkonto", sagte Marinichev. "Sie können diese Rubel nicht zurückführen. Jede derartige Zahlung würde wahrscheinlich einen

juristischen Streit auslösen zwischen Russland und seinen Anleihegläubigern darüber, was eine legitime Begleichung der Schulden darstellt. Das ist nicht nur wichtig für Anleihegläubiger, sondern auch für die Investoren, die Credit Default Swaps im Wert von 40 Milliarden Dollar Credit Default Swaps auf russische Schulden halten.

Maßnahmen gegen Bermuda-Sanktionen im Luftverkehr

Die russische Regierung hat am 15. März die Aussetzung eines seit 1999 bestehenden Abkommens mit Bermuda angeordnet, welches die Aufsicht über auf dem Territorium registrierte Flugzeuge regelt. Wie bereits berichtet, sind die meisten russischen Passagierflugzeuge in Bermuda registriert. Das Land hatte am 13. März die Jets für fluguntauglich erklärt. Die Überführung von Luftfahrzeugen in das russische Staatsregister soll jetzt den weiteren Flugbetrieb sicherstellen.

[Новости - Правительство России \(government.ru\)](http://government.ru)

[Putins Krieg: Bermuda entzieht russischen Flugzeugen die Lufttüchtigkeit \(rnd.de\)](http://rnd.de)

5. Sanktionen der USA

Heute keine Meldungen

Die vollständige US-Sanktionsliste der Special Designated Nationals SDN finden Sie hier:

[Specially Designated Nationals And Blocked Persons List \(SDN\) Human Readable Lists | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Kanada

Am 15. März 2022 kündigte Kanada als Reaktion auf den Konflikt in der Ukraine die Verhängung neuer Sanktionen im Rahmen der Verordnung über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland) an. Die neuen Maßnahmen sehen Beschränkungen für 15 russische Beamte vor, die Präsident Putins Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, ermöglicht und unterstützt haben, darunter der Leiter des russischen nationalen Verteidigungskontrollzentrums Michail Mizinzew, der russische Marinebefehlshaber Admiral Nikolai Jewmenow, sein Stellvertreter, Vizeadmiral Wladimir Kasatonow, der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Admiral Igor Osipow, der Befehlshaber der Luft- und Raumfahrtkräfte, Sergej Surowikin, und der Befehlshaber der Luftwaffe und stellvertretende Befehlshaber der Luft- und Raumfahrtkräfte, Sergej Dronow.

[Canada imposes additional sanctions on enablers of President Putin's illegal invasion of Ukraine - Canada.ca](#)

Schweiz

Die Schweiz hat weitere 200 Personen sanktioniert und folgt damit den Personensanktionen der EU:

[Völkerrechtsverletzungen in der Ukraine: Weitere Personen sanktioniert \(admin.ch\)](#)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Raiffeisenbank – Pressemitteilung:

RBI prüft alle strategischen Optionen für die Zukunft der Raiffeisenbank Russland

Der Krieg in der Ukraine hat verheerende Auswirkungen auf die Menschen und die Wirtschaft des Landes. Unsere Gedanken und unsere Unterstützung gelten all jenen Menschen, deren Leben sich durch diesen Krieg auf tragische Weise für immer verändert haben.

„Diese noch nie dagewesene Situation veranlasst die RBI, ihre Position in Russland zu überdenken. Wir prüfen daher alle strategischen Optionen für die Zukunft der Raiffeisenbank Russland bis hin zu einem sorgfältig gesteuerten Ausstieg aus der Raiffeisenbank in Russland“, sagte RBI-Vorstandsvorsitzender Johann Strobl.

Die RBI und ihre Tochterbanken agieren weiterhin in Übereinstimmung mit den lokalen und internationalen Sanktionsgesetzen, den sich ändernden Anforderungen des Finanzmarktes und im Einklang mit ihrem Code of Conduct.

Die Tochterbanken der RBI sind eigenfinanziert, gut kapitalisiert und haben nur unbedeutende grenzüberschreitende Risikopositionen gegenüber Russland. Wir haben eine Sorgfaltspflicht gegenüber unseren Mitarbeitern und Kunden. Wir tun im gesamten RBI-Konzern alles, was wir können, um sie und die humanitären Hilfen zu unterstützen.

Spiegel

Russland und Ukraine liefern kaum noch Getreide

Die Lage auf den Agrarmärkten ist angespannt, denn die Lieferungen der Getreideproduzenten Russland und Ukraine sind wegen des Kriegs gestoppt. »Da verlässt gar nichts das Land«, sagt der größte deutsche Agrarhändler.

Die aktuellen Verwerfungen auf dem Getreidemarkt könnten für ärmere Länder wie Ägypten und den Sudan verheerende Folgen bei der Nahrungsmittelversorgung haben. Denn Russland und die Ukraine sind als Kornkammern Europas wichtige Lieferanten für viele Staaten. Die Ausfuhren laufen größtenteils über das Schwarze Meer. Doch wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist eine der international wichtigsten Handelsrouten für Getreide blockiert.

Aktuell sind Weizenausfuhren aus der Ukraine und Russland über das Schwarze Meer nach Angaben des größten deutschen Agrarhändlers Baywa weitgehend zum Erliegen gekommen. »Aus den Häfen der Ukraine wird derzeit null exportiert, da verlässt gar nichts das Land«, sagte Jörg-Simon Immerz, Leiter des Baywa-Getreidehandels. »Auf der russischen Seite gibt

es zwar Exporttätigkeit, aber sehr eingeschränkt.« Der Schwarzmeermarkt mit Weizen aus Russland und der Ukraine decke etwa 30 Prozent der weltweiten Nachfrage ab.

Russland hatte den Agrarmarkt zuletzt mit der Ankündigung schockiert, die Ausfuhr von Weizen, Gerste, Roggen und anderem Getreide einzuschränken. Zur Begründung hieß es, dass der Bedarf im Land gesichert und ein Preisauftrieb für Verarbeiter und Verbraucher verhindert werden soll. Die EU-Kommission betonte, innerhalb der EU bestehe keine unmittelbare Gefahr für die Ernährungssicherheit.

Länder südlich Europas sind stärker von den russischen Ausfuhrbeschränkungen betroffen. So stammten 2020 nach Uno-Angaben jeweils rund 40 Prozent des in Ägypten, der Türkei, Aserbaidschan und dem Sudan verbrauchten Weizens aus Russland. »Wir müssen alles tun, um einen Hurrikan des Hungers und einen Zusammenbruch des globalen Ernährungssystems abzuwenden«, hatte Uno-Generalsekretär António Guterres gesagt.

Ukraine-Ausfall versetzt Märkte in Unruhe

Zu den angekündigten russischen Beschränkungen sagte Baywa-Manager Immerz nun: »Im Endeffekt geht es wohl nur um einen Stopp der Ausfuhr in benachbarte Länder des eurasischen Raums, die diesbezüglich eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.«

Grundsätzlich müssten in Russland innerhalb vorgegebener Quoten Exportlizenzen gezeichnet werden. »So wie es scheint, kann weiterhin innerhalb dieses Systems exportiert werden. Damit sind die konkreten Auswirkungen auf den Markt überschaubar.« Derzeit gravierender sind laut Baywa aber die direkten Auswirkungen der russischen Invasion auf die Landwirtschaft in der Ukraine.

Russland sei zwar einer der Hauptproduzenten von Weizen und relevant für die Versorgung der Welt. »Genauso ist es aber die Ukraine, in einer ganz ähnlichen Liga«, sagte Immerz. »Russland produziert an die 80 Millionen Tonnen Weizen im Jahr und exportiert davon an die 30 Millionen Tonnen. Die Ukraine exportiert etwa 20 bis 25 Millionen Tonnen im Jahr.« Relevant für den Handel seien vor allem diese Exportmengen. »Deswegen schaut der komplette Markt sehr viel stärker auf die Ukraine als auf Russland.«

So ist unklar, ob und wie Landwirtschaft in der Ukraine in diesem Jahr unter Kriegsbedingungen möglich sein wird. »In der Ukraine ist die Produktion sehr viel stärker im Risiko«, sagte der Baywa-Manager. »Der Weizen wurde im Herbst gesät und müsste jetzt gedüngt werden. Der Mais ist noch nicht mal gesät, und wenn der nicht gesät werden kann, gibt es natürlich auch keine Ernte.«

Wegen des Krieges sind die Getreidepreise in den vergangenen Wochen bereits weltweit gestiegen.

Verbraucher in der EU müssen keinen Hunger fürchten

Dass in der EU Weizen zur Mangelware wird, ist nach Baywa-Einschätzung nicht zu befürchten, da auch in der EU sehr viel mehr Weizen geerntet als verbraucht wird. »Die EU

exportiert jährlich etwa 30 Millionen Tonnen Weizen, auch Deutschland ist in normalen Jahre Exporteur«, sagte Immerz.

Doch gilt das nicht für alle Getreidesorten. »Auf Importe angewiesen sind wir beim Mais.« Günstiges Getreide aus Russland landet in Deutschland vor allem in Futtertrögen von Tieren.

Auch der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks sieht die Drohgebärden aus Russland eher gelassen. »Der Exportstopp hat zunächst keine direkten Auswirkungen, weil wir in Deutschland und der EU einen Selbstversorgungsgrad bei Getreide von teilweise über hundert Prozent haben«, hieß es. Hinzu kämen lang laufende Lieferverträge, die die Preise weiter stabilisierten.

WirtschaftsWoche

Ist die Indien-Russland-Connection wirklich hilfreich für Putin und Modi?

Trotz des Angriffs auf die Ukraine hält Indien weiter zu Russland. Nun wollen beide Länder ihre Beziehungen deutlich ausbauen. Eine besondere Rolle kommt dabei Russlands rohstoffreichem Fernen Osten zu.

Er bewundere Präsident Putins Vision, schmeichelte Indiens Premierminister Narendra Modi. Es ging um Russlands Fernen Osten und Putins Entwicklungspläne für die Region. Modi überbrachte seine Lobhudelei per Videobotschaft auf dem Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok im September 2021. Die Freundschaft zwischen den beiden Ländern habe sich bewährt, betonte Modi – und Indien werde ein zuverlässiger Partner für Russland sein, um diese Vision zu verwirklichen.

Ein halbes Jahr später führt Wladimir Putin, „mein lieber Freund“, wie Modi sagte, Krieg gegen die Ukraine, mehr als zwei Millionen Menschen sind bereits vor den russischen Truppen geflohen. Die indische Regierung aber steht trotz allem weiter an der Seite Russlands: Der indische Vertreter enthielt sich, als der UN-Sicherheitsrat über eine Resolution gegen Russlands Krieg in der Ukraine abstimmte. Premier Modi hütet sich, den Angriff zu verurteilen.

Indien verbindet seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien 1947 eine besondere Partnerschaft mit Russland. Die Sowjetunion unterstützte Indien schon im Kaschmirkonflikt, politisch auch im Krieg gegen Pakistan. Indien kritisierte umgekehrt den Partner kaum, nicht beim Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, nicht, als Russlands Präsident Wladimir Putin 2014 die ukrainische Halbinsel Krim annektierte – und auch bislang nicht wegen der Invasion der Ukraine.

Für Deutschland und Europa mag das ernüchternd sein. Als größte Demokratie gelte Indien als Wertepartner und Mitstreiter für eine regelbasierte internationale Ordnung sowie als zukunftssträchtiger Markt, analysiert Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Indien braucht Russland als Waffenlieferanten

Indiens Selbstverständnis allerdings zielt auf Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Zudem braucht das Land Russland als Waffenlieferanten sowie als Unterstützer bei politischen Konflikten: dem lange schwelenden in Kaschmir und mit Pakistan sowie bei neuen Konflikten wie mit China. Auch planen die Partner, ihren Warenaustausch untereinander bis 2025 auf einen Wert von 30 Milliarden US-Dollar zu steigern – ein ambitionierter Plan.

Denn bislang haben die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und Russland mit ihrer außenpolitischen und rüstungsbezogenen Partnerschaft nicht mitgehalten, schreiben Wissenschaftlerinnen der Denkfabrik Observer Research Foundation (ORF) aus Neu-Delhi. Der Handel zwischen beiden Ländern stagniere seit einigen Jahren in der Größenordnung zwischen zehn und elf Milliarden US-Dollar.

Wenn Russland nun von vielen Ländern dauerhaft durch Sanktionen wirtschaftlich isoliert wird, könnte das Land sich allerdings stärker seinen verbliebenen Partnern zuwenden – wodurch für Indien wirtschaftliche Chancen entstehen.

Das konnte Premierminister Modi bei seiner Schalte nach Wladiwostok nicht voraussehen. Sein Lob und seine Versprechungen waren allerdings auch schon damals nicht ganz uneigennützig: Das Eastern Economic Forum ist eines der wichtigsten internationalen Treffen auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Russland und Staaten des asiatisch-pazifischen Raums. Modi und Putin wollen zudem einen Seekorridor zwischen den Häfen in Chennai in Ostindien und Wladiwostok wiederbeleben, der zu Zeiten der Sowjetunion für wenige Jahre bestanden hatte.

Ein Projekt, bei dem es vor allem um Rohstoffe geht, die in Russlands Fernem Osten vorkommen: besonders Gas und Öl, aber auch Kohle und Diamanten. Allerdings sollen indische Unternehmen vor Ort auch in die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse einsteigen – und der Tourismus gefördert werden. Die indische Regierung hat eine Kreditlinie in Höhe von einer Milliarde Dollar angekündigt, um heimische Firmen zu unterstützen, sich im östlichsten Russland niederzulassen.

Deutlich verkürzte Transportwege

Die geplante Route zwischen Chennai und Wladiwostok würde den Transportweg deutlich verkürzen. Derzeit seien Güter durch Europa im Schnitt 40 Tage zwischen den beiden Städten unterwegs, schreiben die ORF-Wissenschaftlerinnen. Über den Seeweg würde dies nur 24 Tage dauern. Einige Projekte in der Region sind bereits angelaufen: Indische Arbeiter seien an Gasprojekten in der russischen Amur-Region an der Grenze zu China beteiligt, erwähnte Premier Modi in seiner Videobotschaft; eine der größten indischen Werften werde gemeinsam mit der russischen Zvezda-Werft nahe Wladiwostok einige der wichtigsten Handelsschiffe weltweit bauen.

Die Wissenschaftlerinnen sehen allerdings Hindernisse für den Seekorridor, vor allem die Frage, ob er sich wirtschaftlich lohnt. Denn an der Ostküste Indiens fehlten beispielsweise die Raffinerien, um Rohöl aus Russland weiterzuverarbeiten. Auch für Flüssigerdgas fehle es

dem Land vor allem in den südlichen und östlichen Regionen an effizienter Infrastruktur. Nach dem Einbruch der Wirtschaft aufgrund der Coronapandemie könne es auch Jahre dauern, bis ausreichend investiert werde.

Russland suche vor allem Ersatz für Investoren aus dem Westen, die sich aufgrund der Sanktionen seit der Annexion der Krim 2014 aus dem Fernen Osten zurückgezogen hatten. Für indische Unternehmen stelle sich aber die Frage, ob die Region nicht zu schlecht angebunden und mit Infrastruktur ausgestattet sei, zu wenige Arbeitskräfte habe und umgekehrt überhaupt viele indische Exporte aufnehmen könne, geben sie zu Bedenken.

Es könnte also sein, dass sich für Indien der Ferne Osten Russlands ähnlich entpuppt wie Indien selbst sich für die deutsche Wirtschaft. Das oft wiederholte Lob für die guten Wachstumsaussichten ist schon mehrfach getrübt worden durch den zunehmenden Protektionismus in dem Land. Ein Beispiel, das Europa indirekt betrifft: Kurz vor Abschluss der Verhandlungen zog sich Indien vor zwei Jahren aus der größten Freihandelszone der Welt, der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zurück – aus Angst vor schärferem Wettbewerb beispielsweise für Landwirte und Textilunternehmen.

Mit den USA stehen keine Verhandlungen über Handelsabkommen an. Die Europäische Union und Indien wollen Gespräche über ein Freihandelsabkommen wieder aufnehmen – seit 2012 sind sie allerdings de facto unterbrochen, weil sich die Ansichten zu stark unterschieden. Die Hoffnung auf den Zukunftsmarkt Indien, so drückte es Wolfgang Niedermark vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aus, habe sich schon in der Vergangenheit immer wieder in Gegenwartsernüchterung verkehrt.

RND

Deutsche Unternehmen in Russland: Keine Gewinner

Der Exodus der vergangenen Wochen war beeindruckend. Jeden Tag zogen weitere westliche Unternehmen Konsequenzen aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Verträge wurden gekündigt, Werke geschlossen, Investitionen auf Eis gelegt.

Einig wie nie seien sich die Unternehmen gewesen, heißt es in der deutschen Wirtschaft. Die Empörung über das brutale Vorgehen der russischen Armee und die Lügen von Kreml-Chef Wladimir Putin war und ist groß.

Bei manchen aber mag auch die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, dass eine möglichst entschiedene Reaktion jetzt zu einem baldigen Ende des Krieges gegen die Ukraine beitragen könnte – und damit zu einer Zukunft auf dem russischen Markt.

Doch die Hoffnungen schwinden. Mit jedem Tag, den das Morden in der Ukraine weitergeht, wird die Wahrscheinlichkeit kleiner, dass es in absehbarer Zeit eine Rückkehr zum „Business as usual“ geben könnte. Vielmehr zeichnet sich ab, dass der Westen vor einem jahrelangen Konflikt mit Russland steht. Wie viel Geschäft in einem dauerhaft konfrontativen Umfeld noch möglich ist, weiß derzeit niemand. Die Risiken jedenfalls sind enorm.

Irgendwann braucht die Wirtschaft Klarheit

Noch warten viele ab, bevor sie sich endgültig vom russischen Markt zurückziehen. Aber irgendwann braucht die Wirtschaft Klarheit. Nach sieben Jahren mit Sanktionen dürfte immer mehr Unternehmenskern das Ende mit Schrecken reizvoller vorkommen als der Schrecken ohne Ende.

Der Preis allerdings wird hoch sein – und zwar für alle. Unternehmen müssen ihre Investition abschreiben, russische Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Es dürften in der Mehrheit ausgerechnet jene sein, die eher westlich orientiert sind und Wladimir Putin kritisch gegenüberstehen. Europa verliert damit auch den letzten Einfluss in Russland.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Euractiv:

Was die ukrainische Wirtschaft jetzt braucht

In einem Interview mit EURACTIV plädierte der ukrainische Unternehmens- und Handelsverband (UBTA) für Unterstützung der Agrarindustrie, Hilfe bei der Verkehrsinfrastruktur und einen Marshall-Plan für die Zeit nach dem Krieg.

Es mag unangebracht erscheinen, über die Wirtschaft eines Landes zu sprechen, das von Streubomben und Marschflugkörpern bombardiert wird, aber ein Land mit mehr als 40 Millionen Einwohnern und mehreren Großstädten braucht Lebensmittel für seine Bevölkerung, Devisen, um die Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten, und funktionierende Verkehrsverbindungen, um die Dinge dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Kurz gesagt, die Wirtschaft muss irgendwie funktionieren.

"Viele Unternehmen sind noch in Betrieb, vor allem die im zentralen Teil der Ukraine", sagte Olena Kudliak, die Geschäftsführerin von UBTA, gegenüber EURACTIV.

Die Logistik wieder in Gang bringen

Dennoch ist die Gesamtsituation katastrophal, erklärte Dmytro Los, Vorstandsvorsitzender von UBTA. „Wir verlieren derzeit 50% unseres BIP“, sagte er EURACTIV.

„Das größte Problem ist, dass einige Teile der Ukraine unter Beschuss stehen, so dass die Unternehmen einfach nicht arbeiten können. Das zweite große Problem ist, dass die Logistikketten zusammengebrochen sind.“

Mit Ausnahme von Agrarerzeugnissen sind ukrainische Exporte in die EU offiziell noch möglich. Aufgrund des Krieges ist der Transport jedoch sehr viel schwieriger geworden. "Um Stahl zu exportieren, braucht man eine große Anzahl von Waggons, um Getreide zu exportieren, braucht man eine große Anzahl von Waggons, und dann sind natürlich die Häfen blockiert", so Los. Und während die Häfen blockiert sind, ist auch der Straßentransport im Moment schwierig.

"Ukrainische Lkw können nicht fahren, weil unsere Fahrer in den Krieg gezogen sind", sagte Los und erläuterte, dass Männer zwischen 18 und 60 Jahren aufgrund der Wehrpflicht in der Ukraine bleiben müssen.

Laut Los sollten die europäischen Fahrer für die Fahrt in die Ukraine mehr Geld erhalten, um für das Risiko entschädigt zu werden, und es sollte auch eine Versicherung für die Fahrer und die Lkw geben, die diese Fahrt unternehmen. Darüber hinaus plädierte Los für mehr Logistikzentren direkt an der Grenze, mit einfacheren Grenzabfertigungsverfahren. Dies würde es den Lastwagen und Fahrern ermöglichen, ihre Waren ohne Grenzübertritt zu liefern.

Hungersnöte verhindern

Auch in Bezug auf die Nahrungsmittelsituation schlug er die Alarmglocke.

"Im Moment gibt es keine Lebensmittelknappheit, aber das könnte in ein oder zwei Monaten der Fall sein", sagte Los gegenüber EURACTIV. Einer der Gründe sei, dass die landwirtschaftlichen Betriebe Lebensmittel kostenlos verteilten und nicht die Mittel hätten, um genügend Saatgut, Dünger und Treibstoff für die Traktoren zu kaufen. Er forderte daher eine finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission für die ukrainischen Lebensmittelproduzenten.

"Wenn die Lebensmittelproduzenten aufhören, gibt es keine Lebensmittel mehr im Land, und das bedeutet, dass die Menschen anfangen zu hungern", sagte Los und warnte, dass bis zu 20 Millionen Ukrainer in die EU fliehen könnten. "Keine Art von Wohltätigkeitsaktion wird in der Lage sein, ein Land mit mehr als 40 Millionen Menschen zu ernähren", sagte er.

Laut Los, dessen Verband auch ukrainische Lebensmittelproduzenten angehören, könnte eine solche finanzielle Unterstützung in Form von langfristigen Darlehen zu Zinssätzen nahe Null erfolgen, die nach dem Krieg zurückgezahlt werden könnten.

Marshall-Plan

Nach dem Krieg, so argumentierte Los weiter, sollte es einen Marshallplan zum Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft geben. Er betonte, dass ein solcher Plan in enger Abstimmung mit ukrainischen Experten erstellt werden müsse. "Der größte Fehler, den die EU in den letzten zehn Jahren gemacht hat, war, dass die EU-Experten glaubten, besser zu wissen, was die Ukraine braucht, als die ukrainischen Experten", sagte er. "Lassen Sie uns unsere Anstrengungen bündeln, um einen Plan für unsere Industrie zu erstellen und sie in die europäischen Lieferketten einzubinden. Das wird uns die Möglichkeit geben, sogar gegen China zu kämpfen", sagte Los und argumentierte, dass das niedrigere Lohnniveau in der Ukraine der europäischen Industrie zu mehr preislicher Wettbewerbsfähigkeit verhelfen würde.

Damit dies Wirklichkeit werden kann, muss der Krieg jedoch erst einmal beendet werden. Doch Dmytro Los ist überzeugt: "Es besteht kein Zweifel, dass die Ukraine gewinnen wird", sagte er.

EU-Newsletter:

Stromnetze der Ukraine und Moldawiens mit dem Kontinentaleuropas synchronisiert

Die Stromnetze der Ukraine und Moldawiens sind gestern (Mittwoch) erfolgreich mit dem kontinentaleuropäischen Netz synchronisiert worden. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine und auf Ersuchen des Landes hatte die Kommission gemeinsam mit dem Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber die geplanten technischen Arbeiten daran beschleunigt. So konnte der eigentlich erst für 2023 vorgesehenen Zusammenschluss bereits jetzt umgesetzt werden. „Ich begrüße den wichtigen Schritt, der heute unternommen

wurde, damit in diesen dunklen Zeiten das Licht brennt und die Häuser warm bleiben“, schrieb Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf Twitter.

Der Anschluss des ukrainischen an das kontinentaleuropäische Energienetz wird bereits seit 2005 vorangetrieben. Am 25. Februar bat die Ukraine darum, die eigentlich für 2023 vorgesehene Synchronisierung angesichts des russischen Kriegs in der Ukraine vorzuziehen. Dies gelang trotz der technischen Herausforderungen.

„Das ist ein historischer Meilenstein für die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine – in diesem Bereich ist die Ukraine nun Teil Europas“, sagte Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energie. „Ich möchte dem Verband der Europäischen Übertragungsnetzbetreiber dafür danken, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zwei Wochen die Arbeit eines ganzen Jahres geleistet haben, um dies zu ermöglichen.“

Ich möchte der französischen Ratspräsidentschaft und den Mitgliedstaaten für ihre Unterstützung dieses Projekts danken, das nicht ohne Risiken ist. Und ich möchte unseren ukrainischen Partnern – insbesondere Minister Galuschtschenko und Ukrenergo – für ihren heldenhaften Einsatz danken, mit dem sie die ukrainischen Energiesysteme inmitten eines schrecklichen Kriegs am Laufen halten.“

Die EU werde die Ukraine auch weiterhin im Energiesektor unterstützen, etwa indem sie die Umkehrung der Gasflüsse in das Land und die dringend benötigte Energielieferungen sicherstellen werde.

Ukrainische Eisenbahn – Angebote für Unternehmen

Die Ukrainische Eisenbahn ist bemüht, einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Land zu leisten. Wir möchten Sie dazu auf folgende Angebote hinweisen, die uns Alexaner Kamyshin, CEO of Ukrzalisnitsa (Ukrainian Railways), übermittelt hat:

1. [#Iron technopark](#)

We offer our production facilities in central and western Ukraine for relocation of production from the east of the country.

All the surplus warehouses and other production infrastructure were a burden for us in a peaceful time, and now allow us to place a third-party production. Together with the Ministry of Economy, we are building a large technology park on UZ's production infrastructure.

If you are a manufacturer and have lost the opportunity to continue working - contact us and let us know what you need to resume production, and we will select a production site for you based on our capacity.

Contact point: Yevhen at +38 050 452 22 15

2. [#Iron terminal](#)

In a peaceful time, almost all our exports and imports were focused on seaports. The war has

shown that such strategy is unreliable. Therefore, we need to build infrastructure for the development of exports and imports across the western borders. This will be a real European integration.

Together with the Ministry of Economy, we propose private businesses to build [#iron_terminals](#) at the junctions with Poland, Slovakia, Hungary, and Romania. We will provide the main thing - railway adjacent infrastructure. The rest will be held by local authorities. Yesterday talked through it with the Governors of Lviv Region - Maksym Kozytskyi and Zakarpattia Region - Viktor Mykyta, as well as the Mayor of Lviv - Andrii Sadovyi. All of them support such initiative.

Contact: Yaroslav at +38 063 462 90 31

3. [#Iron sowing](#)

Together with the Ministry of Agriculture, we will help our farmers with diesel and fertilizer logistics. It's time to sow.

Contact point: Tetiana at +38 093 756 24 21

https://www.linkedin.com/posts/vshemayev_ironabrtechnopark-ironabrterminal-ironabrterminals-activity-6909591727800475648-zLYF

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Initiative [#WirtschaftHilft](#) der Spitzenverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH, die am 10. März 2022 ins Leben gerufen wurde. Die Internetseite www.WirtschaftHilft.info dient als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Themen:

- Hinweise zu bedarfsgerechtem Spenden;
- Unterstützung für deutsche Unternehmen;
- Sicherung des Geschäftsbetriebs und Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse sowie
- vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Im Rahmen der Initiative [#WirtschaftHilft](#) veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich. Bitte finden Sie die Webseite [hier](#).

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#) und [Petya Hristova](#).

Jobangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa zu vermitteln.

Erste Jobangebot finden Sie auf unserer Webseite:
[Jobs \(gu-dp.com\)](#)

Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Adrian Stadnicki, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterkünfte für Flüchtlinge

Die Rotary-Clubs in Europa vermitteln Unterkünfte für Flüchtlinge:

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: www.unterkunft-ukraine.de (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Angebote, Freiwillige

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): julia.franziska.mahnkopf@goethe.de
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YixuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de. Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

Kontakt: Petya Hristova, P.Hristova@oa-ev.de; Stefan Kägebein, S.Kaegelbein@oa-ev.de

Medizinische Güter

SPENDENAUFTRUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt zum Thema Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:
iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.

Berlin
Rotary
Platz der Republik



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPubLIK

Weitere Links von Initiativen:

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](http://supportukrainenow.org)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

